

# Editorial

Autor(en): **Raschle, Iwan**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 49

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Rezession zwingt Wirtschaft und Staat zu ungewöhnlichen Sparmassnahmen. Nachdem zahlreiche Angestellte von ihren Arbeitgebern den blauen Brief erhalten haben, werden sie Mitte nächsten Jahres nun auch noch von der Arbeitslosenversicherung kaltgestellt. «Lieber Arbeit als Arbeitslosenentschädigung» lautet die Devise des Bundesrates, was im Klartext heisst: weniger Lohnersatz und keine frei wählbare Tätigkeit mehr. «Der Arbeitslose muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen», schreibt die Landesregierung in ihrer Botschaft zur Revision der Arbeitslosenversicherung. Und schiebt damit all jenen einen Riegel, die auf Kosten des Staates jahrelang auf der faulen Haut liegen. Künftig wird das Taggeld nach einem halben Jahr um fünf Prozent gekürzt, nach einem Jahr um weitere fünf Prozent; und wer länger als vier Monate arbeitslos ist, muss eine Arbeit auch dann annehmen, wenn sie weder seinen Fähigkeiten noch seiner früheren Tätigkeit entspricht. Damit nicht genug: Künftig wird uns ein täglicher Arbeitsweg von vier Stunden zugemutet; das sind zwei Stunden mehr, als wir in guten Zeiten im Zug, Auto oder Tram dem täglichen Brot entgegenfahren mussten.

Ist der Bundesrat von allen guten Geistern verlassen, und hat zum Beispiel die ehemalige Gewerkschafterin und heutige Sozialministerin Ruth Dreifuss vergessen, wofür sie noch vor kurzer Zeit gekämpft hat? Die Antwort heisst ganz klar nein! Zugegeben: Als Gewerkschafterin hätte sich Frau Dreifuss nicht gerade gefreut über diese Botschaft, ja sie hätte sogar in den Protestschrei des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes eingestimmt, der die Frage ins Land stellt, ob das nun einer «gesetzlich verankerten Zwangsarbeit» gleichkomme. Aber Frau Dreifuss ist nicht mehr Gewerkschafterin, sondern vertritt als Bundesrätin höhere Interessen. Und sie ist vor allem nicht für den Sozialabbau verantwortlich. Das Biga ist ihrem Kollegen Jean-Pascal Delamuraz unterstellt, und der weiss schliesslich, was es heisst, hart zu arbeiten. Auch den anderen Bundesräten kann kein Vorwurf gemacht werden, ist von ihnen doch bekannt, wieviel sie schufteten und wie wenig sie am Kissen horchen. Adolf Ogi zum Beispiel begnügt sich mit vier Stunden Schlaf, und mit dem Helikopter legen die Magistraten Distanzen zurück, die kein normaler Arbeitnehmer auf sich nehmen würde. Die Arbeitslosenversicherung muss finanziell wieder auf gesunden Beinen stehen. Das ist die Hauptsache, und dafür müssen die Erwerbslosen nun eine kurze Zeit lang hartes Brot beissen.

Schaden tut das gewiss niemandem. Vielleicht geht es den einen oder anderen bald etwas schlechter, aber was tut das schon zur Sache, wenn's dafür mit der allgemeinen Wohlfahrt bergauf geht? Die Beamten haben die Teuerung schliesslich auch nicht voll ausgeglichen bekommen, Bundesratssitze sind ebenfalls wackliger als auch schon, und die sogenannten florierenden Unternehmen machen recht eigentlich gar keine Gewinne, sondern sparen in der Not. Vor diesem Hintergrund sehen die angeblich harten Massnahmen gegenüber den Arbeitslosen gar nicht so schlimm aus. Weit tragischer wäre es, die ohnehin arg gebeutelte Wirtschaft zu löchern. Arbeitslose, da hat der Bundesrat ganz recht, sind schliesslich arbeitslos – also geht es nicht darum, ihnen dafür Geld zu geben, sondern sie an kurzer Leine zu halten, damit sie bald wieder arbeiten gehen. Ohne Wenn und Aber und ohne überrissene Lohnforderungen. Deshalb sei hier unserer Regierung im Namen der Wirtschaft, der Nichtarbeitslosen und der Erfolgreichen gedankt. Wir haben lange über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt müssen die Arbeitslosen eben mal ohne Speck auskommen. Und bearbeiten, was auf den Tisch kommt.

IWAN RASCHLE

<b>Unbekannte Schweiz</b> .....	Seite 6
<b>Skandalöser Unfall: Geheimdienst bastelte an einer Atombombe</b> .....	Seite 10
<b>Offener Brief an Ruth Dreifuss: Bringt Arnold Koller endlich die Rechtschreibung bei!</b> .....	Seite 14
<b>Nebizin: «One step beyond» von Ursus &amp; Nadeschkin</b> .....	Seite 41

Titelbild: Martin Senn



Der Nikolaus ist da!  
Seite 27